Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 81 (1987)
Heft: 10

Rubrik: Zeichen der Zeit : Hoffnungswahl?

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit
Hoffnungswahl?

Im Blick auf den eidgenössischen Wahlgang vom 18. Oktober 1987 macht das Wort von der «Hoffnungswahl» die Runde. Roger Blum und Peter Ziegler, die Herausgeber der gleichnamigen Publikation, bringen es auf den Begriff einer «neuen Mehrheit»: «Die Wahlen der letzten Jahre und Jahrzehnte bewegten wenig in der Schweiz. Doch neuerdings hat sich einiges geändert: Das Waldsterben, die Katastrophen von Tschernobyl und Schweizerhalle haben die Menschen aufgerüttelt, haben den Umwelt-, Frauen-, Friedens- und Antiatombewegungen zusätzlichen Auftrieb gegeben, haben zu grüngefärbten Parlamenten geführt (in Zürich, Baselland, Genf) und zu einer grünen Regierung (in Bern). Wahlen sind wieder mehr als Rituale.»[1]

Wie es um die Chancen einer «neuen Mehrheit» steht und was diese bewirken könnte, ist zur Zeit Gegenstand gescheiter Analysen. Ich will sie rekapitulieren und am grossen Wort der Hoffnung messen.

«Neue Mehrheit»...

Die «neue Mehrheit», die Roger Blum prognostiziert[2], steht noch auf wackligen Füssen. Und sie gilt ohnehin nur für den Nationalrat und nicht auch für den Ständerat. Blum geht von der Volkskammer der zu Ende gehenden Legislaturperiode aus, wo die bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP über 127 von 200 Sitzen verfügen. Setzt sich der grüne Trend der letzten kantonalen Wahlen jedoch auf Bundesebene fort, so wird diese Mehrheit auf 116 Mandate schrumpfen. Rein rechnerisch wäre das immer noch eine komfortable Mehrheit für das bürgerliche Lager. Aber eben nur rechnerisch. Denn schon in den letzten Jahren stimmten immer 8 bis 16 bürgerliche Nationalrätinnen und Nationalräte in Umweltfragen mit den Linken und den Grünen. Blum nimmt an, dass im neuen Nationalrat rund 20 Bürgerliche dazu beitragen werden, bei ökologischen Abstimmungen die bürgerliche Mehrheit zu kippen.

Das *«grüne Lager»* könnte sich nach Blum im neuen Nationalrat etwa so zusammensetzen: 13 (bisher 4) Abgeordnete der Grünen Partei der Schweiz, 6 (bisher 3) der Poch und der Grün-Alternativen, 11 (bisher 12) des Landesrings und der Evangelischen Volkspartei, 9 (bisher 5) der Nationalen Aktion und der (von ihr abgesplitterten) Ökologisch-Freiheitlichen Partei, 1 (bisher 2) der Partei der Arbeit und der Tessiner Autonomen Sozialisten und 44 (bisher 47) der Sozialdemokratischen Partei. Das ergäbe einen Zuwachs für das grüne Lager von bisher 71 auf 84 Sitze.

Wie die «neue Mehrheit» sich politisch auswirken könnte, hat Blum ebenfalls dargelegt, indem er sie in die Legislaturperiode 1983–1987 zurückprojizierte. Hätten schon die letzten Wahlen die Mehrheitsverhältnisse im Sinne seiner Prognose verändert, so wären zum Beispiel die *folgenden Vorlagen* nicht abgelehnt, sondern *angenommen* worden:

- das sozialdemokratische Notprogramm gegen das Waldsterben
- der Ausstieg aus der Kernenergie
- die Wiedererwägung der Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst
- eine Energieabgabe und ein Stromspargesetz

- der Antrag, die Einnahmen aus den Treibstoffzöllen weniger für den Strassenbau und vermehrt für den Umweltschutz zu verwenden
- die Prüfung eines Ökobonus und der Benzinrationierung
- die Einführung von Tempo 100 auf den Autobahnen.

Aber auch in mehr *sozialpolitischen Fragen* hätte die «neue Mehrheit» besser funktioniert als die «alte». Eine Reihe von Motionen zur Gleichberechtigung von Mann und Frau hätten die parlamentarische Hürde genommen. Der Gegenvorschlag zur Kulturinitiative wäre substantieller ausgefallen. Die Hypothekarzinse wären der Preisüberwachung unterstellt, die Bundesbeiträge für die Berufsbildung nicht gekürzt worden. Die Globallösung für Asylbewerber hätte sich durchgesetzt, und auch das Asylrecht wäre kaum im Sinne der nationalistischen Rechten revidiert worden (und dies trotz des für sie prognostizierten Vormarsches von 5 auf 9 Mandate).

Das alles wäre nicht wenig, aber ist es schon genug, um Hoffnung zu begründen?

...als Notkoalition...

Wir leben offenbar in einer politisch sehr dürftigen Zeit, wenn «Hoffnung» nicht nur von Mittelparteien (LdU, EVP), sondern auch von dissidenten Parlamentariern aus dem Bürgerblock, ja von Mandaten der extremen Rechten abhängig gemacht wird. Würde diese «neue Mehrheit» gar noch *ideologisch eingeebnet,* was ein Begriff wie «Hoffnungswahl» zumindest nahelegt, dann ginge der «Gesamtzusammenhang» verloren, den ökologische Politik konstituieren, in dem sie jedenfalls stehen müsste. «Solange dieser fehlt», schreibt der Politologe Erich Gruner, «treten Grüne in einem Konglomerat von Farbmischungen von Dunkel- über Rosarot bis Braun auf... Führt man z.B. die Naturzerstörung auf Überbevölkerung zurück, kann sich Grün in ‚braunen' Fremdenhass und damit zum politischen Antipoden verwandeln» («Weltwoche», 10. September 1987).

Die «neue Mehrheit», so sie zustandekäme, wäre weniger eine Hoffnungs- als vielmehr eine Notkoalition. Auch darin besteht ja ein Merkmal unserer politisch dürftigen Zeit, dass wir von Hoffnung schon sprechen, wenn wir glauben, der Sturz in den Abgrund könnte uns vielleicht erspart bleiben. Hoffnung bedeutet jedoch mehr, zumindest für jene, die sich einst vom «Prinzip Hoffnung» (Ernst Bloch) oder von der «Grossen Hoffnung» (Konrad Farner) bewegen liessen und die noch immer nicht ganz resigniert haben. Am Abgrund aber stehen wir in der Tat: Der Wald stirbt, und zwar jetzt. Fünfzig, in den Alpen sogar sechzig Prozent aller Bäume sind durch die Luftverschmutzung schwer geschädigt. Hier und heute werden Wasser und Böden vergiftet, Landschaften zubetoniert, die Ozonschicht zerstört. Nach Tschernobyl und Schweizerhalle fehlt nur noch die Atomrakete, die aus Versehen abgefeuert wird. Die Zeit der politischen Kompromisse in Umweltfragen ist endgültig vorbei. Es helfen nur noch radikale Massnahmen, die vor allem den motorisierten Privatverkehr einschränken, den Verkauf umweltgefährdender Produkte verbieten und die sozialen Kosten der Umweltverschmutzung den Verursachern belasten müssen. Die SPS stellt bereits für den Beginn der nächsten Legislaturperiode ein *«Umwelt-Sofortprogramm»* in Aussicht und schreibt: «Wenn es 1939 möglich war, gegenüber den militärischen Bedrohungen innerhalb von nur zwei Tagen Vollmachtenbeschlüsse zu verabschieden, kann es 1987/88 nicht unmöglich sein, auf die Umweltbedrohung angemessen zu reagieren.»[3]

In dieser notwendigen (Not wendenden) Notkoalition zählt jede Stimme. Im Kampf gegen den *neokonservativen Scheinoptimismus,* der Zukunft verhindert, indem er die Gegenwart verharmlost, ist auch bürgerliche Unterstützung

willkommen. Das hilft vielleicht, dass sie aufhören, so weiter daherzureden:
– «Das Jasagen zum Wandel der Erscheinungen, zu neuen, widerstandsfähigeren Bäumen an Stelle der herkömmlichen, kranken, ist absolut vereinbar mit traditionellen Strukturen. Dann ändert sich eben die Natur auf diesem Planeten, und es wird neue, faszinierende Arten geben» (Egon Zehnder).[4]
– «Nur weil ein paar Bäume die Nadeln verlieren, gibt das noch nicht das Recht, den Verstand zu verlieren» (Christoph Blocher).[5]
– «Der Unfall in Tschernobyl wird keine Auswirkungen auf die Kernenergiepolitik des Bundes haben» (Leon Schlumpf).[6]

Diese Verharmloser – oder sollen wir biblisch von «Verstockten» reden? – müssen im Parlament in die Minderheit versetzt werden (auch wenn ihre alte Mehrheit, so sie anhielte, noch immer nicht der Untergang, sondern die Rechtfertigung eines umfassenden gewaltlosen Widerstandes wäre).

...mit einer Minderheit als Hoffnungspotential

Der ideologischen Einebnung leisten auch so typische wie unüberlegte Sätze Vorschub: «Der alte ökonomische Verteilungskonflikt wird überlagert durch eine radikale Auseinandersetzung zwischen ökonomischen und ökologischen Werten.»[7] Das wäre dann die *«grüne» Variante einer Verharmlosung,* die geradezu zynisch darüber hinwegsieht, dass in der Schweiz
– 419'000 Menschen unter der Armutsgrenze (12'000 Franken für Alleinstehende, 18'000 für Paare) leben
– 3 Prozent der Steuerzahler über die Hälfte aller Vermögen verfügen und 10 Prozent der Steuerpflichtigen 80 Prozent des Immobilienvermögens besitzen
– 8 Prozent mehr als ein Drittel aller Einkommen beziehen.

Da gibt es noch einiges zu verteilen – und zu erkämpfen. So einfach lässt sich der ökonomische Verteilungskonflikt durch die Umweltproblematik nicht «überlagern», zumal der eine Konflikt den andern ja nicht ausschliesst.

Der «alte» ökonomische Konflikt zwischen den beiden antagonistischen Hauptklassen der Produktionsmittelbesitzer und der lohnabhängig Arbeitenden war und ist im übrigen nicht in erster Linie ein Verteilungskonflikt, sondern ein *(Macht-)Konflikt um die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel.* Als Kampf um die «Wirtschaftsdemokratie» wird dieser Konflikt durch die Ökologiefrage auch nicht «überlagert», sondern im Gegenteil radikalisiert. Denn Herrschaft über die Natur und Herrschaft über den Menschen bedingen sich. Hier wie dort dominiert ein und derselbe Beherrschungswille. Erst wenn die Menschen in der Wirtschaft einen genossenschaftlichen Umgang miteinander pflegen, werden sie auch mit der Natur partnerschaftlich umgehen. Und dasselbe gilt in dialektischer Umkehrung: Wenn die Menschen aufhören, die Natur als Ausbeutungsobjekt zu betrachten, werden sie auch die Arbeit aus ihrer heutigen Objektstellung befreien.

Die Tatsache, dass die alte Arbeiterklasse (im «blauen Gewand») mittlerweile auf etwa 15 Prozent der Erwerbstätigen geschrumpft ist, spricht nicht gegen diesen Sozialismus. Nicht geschrumpft, sondern auf *90 Prozent* gestiegen ist der Anteil der *unselbständig Erwerbenden.* Neu in den Arbeitsprozess eingetreten sind zudem *«nachmaterialistische Mittelschichten»,* die als Träger eines mehr oder weniger bewussten Ökosozialismus die kapitalistisch vermachtete Wirtschaft nicht akzeptieren können, die zudem auch ein Bildungsniveau einbringen, das sie für Mitbestimmung, ja Selbstverwaltung in der Wirtschaft vorbereitet. Sie argumentieren vielleicht nicht mehr abstrakt für die Demokratisierung der Wirtschaft (etwa im Sinne der allgemeinen Menschenwürde oder des Vorrangs der Arbeit vor dem Kapital), aber sie kämpfen für dieses Ziel, das ihnen als

Mittel erscheint, um sich wirksam für die Wiedervereinigung von Ökonomie und Ökologie im eigenen Unternehmen einzusetzen.

Im Ökosozialismus beginnen sich immer mehr Grüne und immer mehr Linke zu finden, und nicht nur in ihm, sondern auch in der *Friedensfrage,* die in denselben «Gesamtzusammenhang» gehört. Die erstaunliche Resonanz, die hier wie dort die Armeeabschaffungs-Initiative findet, ist der vielleicht deutlichste Indikator für den wohl fundamentalsten Paradigmenwechsel seit dem Zweiten Weltkrieg. Es geht den Befürwortern einer Schweiz ohne Armee ja nicht einfach um die bestehende Schweiz minus die Armee, sondern um eine neue Schweiz, die in allen gesellschaftlichen Bereichen demokratisch, frei von (struktureller) Gewalt gegenüber Mensch und Natur, folglich auch mit keinerlei Armee, schon gar nicht mit dem herrschenden Militarismus vereinbar wäre.

Unser Freund Max Meier hat 700 Nationalratskandidatinnen und -kandidaten im Kanton Zürich (35 Sitze) die Friedens- und Armeefrage gestellt und dabei aufschlussreiche Resultate zusammengetragen. Von den 117, die überhaupt geantwortet haben, unterstützen zum Beispiel die *Armeeabschaffungs-Initiative:*

– 11 Frauen und 10 Männer auf den beiden SP-Listen (Land und Stadt)
– 18 Frauen und 4 Männer auf den beiden Listen der Grünen Partei
– 3 Frauen und 7 Männer auf der PdA-Liste
– 16 Frauen und 12 Männer auf den beiden gemeinsamen Listen von Poch, Grünen Alternativen und «Frauen macht Politik»
– 5 Frauen und 8 Männer auf der Liste, der (nur in Zürich kandidierenden) Humanistischen Partei.

Vereinzelte Ja-Stimmen gibt es auch beim Jungen Landesring (2), bei der EVP (1) und sogar bei der SVP (1).

Diese Zahlen zeigen eine Konvergenz quer durch die «neue Mehrheit» zu einer Minderheit, die im Zeichen eines (weit verstandenen) *Ökopaxsozialismus* steht. Sie kann vor allem der *Sozialdemokratie* neue Impulse vermitteln. Die SPS wird die Armeeabschaffungs-Initiative zwar kaum unterstützen. Aber schon eine Stimmfreigabe würde genügen, um die Koalitionsfrage erneut zu stellen. Das «Bekenntnis zur Armee» war ja stets eine der bürgerlichen Vorbedingungen für die sozialdemokratische Bundesratsbeteiligung. Damit zeichnen sich Entwicklungen ab, die tatsächlich hoffen lassen. Denn mit einer in der Opposition erneuerten Sozialdemokratie könnte endlich eine ernsthafte Alternative für eine neue Schweiz entstehen. Bei einem Drittel Wechselwähler und nur noch 39 Prozent Stimmberechtigten mit einem «generellen Regierungsvertrauen» (gegenüber 58 Prozent vor 10 Jahren) läge die Oppositionsrolle auch im ureigenen Interesse dieser Partei.

Wie weit es der Minderheit in der «neuen Mehrheit» gelingen wird, selber mehrheitsfähig zu werden, ist eine offene Frage. Aber unverkennbar steckt in dieser Minderheit ein grosses Hoffnungspotential. Es könnte doch noch «Hoffnungswahlen» geben: 1991, 1995, 1999... Unsere Hoffnung verbindet sich allerdings nicht mit Wahlen allein, sondern mit *gesellschaftlichen Entwicklungen,* die hier und heute unsere Mitarbeit verlangen und die sich gewiss auch in Wahlergebnissen niederschlagen werden. Das meinte wohl Otto Bauer, als er schrieb: «Wähler gewinnen ist wichtig, Sozialisten gewinnen wichtiger.»

1 Blum/Ziegler, Hoffnungswahl, Zürich 1987, S. 6.
2 A.a.O., S. 61ff.; TA vom 8. Mai 1987.
3 SPS (Hg.), Eidgenössische Wahlen 1987, S. 20.
4 Zit. nach Blum/Ziegler, a.a.O., S. 13.
5 Zit. nach der Wahlbroschüre der SPS, S. 2.
6 Zit. a.a.O., S. 13.
7 Wolf Linder, in: Blum/Ziegler, a.a.O., S. 26.